

Antrag Nr. 20-F-01-0005

SPD

Betreff:

Konsequenzen aus dem Urteil des OLG-Frankfurt zur Verkehrsüberwachung durch private Dienstleister
-Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020-

Antragstext:

Das Oberlandesgericht Frankfurt hat in einem Grundsatzurteil entschieden, dass die Verkehrsüberwachung durch private Dienstleister gesetzeswidrig ist. Die von privaten Dienstleistern ermittelten Beweise des Falschparkens unterliegen demnach einem Verwertungsverbot; Ordnungswidrigkeiten dürfe nur der Staat ahnden, weil es eine hoheitliche Aufgabe sei. Der Magistrat hat daraufhin die Zusammenarbeit mit privaten Dienstleistern beendet.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem gemeinsamen Amt vor der Teilung ein Straßenverkehrsamt und ein Ordnungsamt tätig waren. Wie viele sind es jetzt (Stellen, VZÄ, Menschen)?
2. wie viele LeiharbeiterInnen bei der Wiesbadener Verkehrspolizei vor und wie viele seit der Trennung von Verkehrs- und Ordnungspolizei beschäftigt waren und in welchen Arbeitsbereichen sie wie lange eingesetzt wurden.
3. unter welchen Bedingungen (z.B. Gehalt) und nach welchen Kriterien diese LeiharbeiterInnen beschäftigt wurden. Inwieweit bestehen Unterschiede zu Arbeitsbedingungen, Einsatzprofilen und der Entlohnung der Stammbeslegschaft der Verkehrspolizei?
4. welche Rechtsgrundlage zur Beschäftigung der LeiharbeiterInnen bestand.
5. ob es zutrifft, dass nach Aussagen des zuständigen Fachbereichs Leiharbeitskräfte von privaten Firmen nur so lange tätig sein sollten, bis ein eigener Personalstamm aufgebaut wurde. Warum ist dies bisher nicht geschehen? Wie ist bezüglich der Besetzung der Stellen der Sachstand? Wie viele LeiharbeiterInnen sind in der Vergangenheit auf feste Stellen bei der Verkehrspolizei gewechselt?
6. wie viele Stellen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern bei Dezernat V/ESWE-Verkehr mit den dafür ursprünglich in den weiteren Bedarfen angemeldeten 754.800 € in 2020 und 762.300 € in 2021 geplant wurden.
7. mit welche Einnahmen durch die Leiharbeiter bei der KVP gerechnet wurde. Im HH 2020/21 wurden 150.000 € für Leiharbeiter zugesetzt. War bei dieser Zusetzung im HH die Einnahmenerwartung bereits mit eingepreist?
8. welche Möglichkeiten bestehen, die bisher über Leiharbeitsverhältnisse beschäftigten Personen kurzfristig in Beschäftigungsverhältnisse der Stadt zu übernehmen, ggf. über überplanmäßige Stellen.

Wiesbaden, 29.01.2020